

AUNS *Klartext*



AUNS
ASIN
ASNI

PUBLIKUMSORGAN
DER AKTION FÜR
EINE UNABHÄNGIGE UND
NEUTRALE SCHWEIZ

Mai 2010

136. AUSGABE

Über 46 000 Mitglieder und Sympathisanten

SPALTE DES PRÄSIDENTEN

EU – RAUM DER UNSICHERHEIT UND DES UNFRIEDENS



1. Januar 2002: Einführung des Euro. Der damalige deutsche Finanzminister Eichel fasste die Bedeutung des Tages zusammen: «Das ist ein historischer Tag deswegen, weil sich hier für jedermann zum Anfassen zeigt, was europäische Einigung ist und dass das grosse Wohlstands- und Frie-

densprojekt für das 21. Jahrhundert hier für uns Europäer ist.» Heute wird die EU-Realität für jedermann fassbar. Hohe Arbeitslosigkeit, gigantisch verschuldete EU-Staaten, erste bankrotte EU-Volkswirtschaft und Sparprogramme mit Steuererhöhungen, die besonders den Mittelstand sowie kleinere und mittlere Unternehmen massiv belasten.

Mit 250'000'000'000 Euro will der Internationale Währungsfond, mit einer halben Billion (!) Euro wollen die hoch verschuldeten EU-Staaten das Einheitsgeld «retten». Wer ist schuld an der Euro-Krise? Die EU-Politik nennt Spekulanten. Einige Finanzjongleure können mir nichts, dir nichts einen Wirtschaftsraum mit 27 Volkswirtschaften ins Wanken bringen? «Wer an den Euro glaubt, wird selig.» Der Euro war von Anfang ein politisches Anliegen mit dem Ziel, die EU-Macht auszubauen. Die Nationalbanken haben ihre Bedeutung, die Staaten ihre Währungs- und Konjunkturpolitik verloren; eine eigentliche Entdemokratisierung nahm seinen Lauf. Um die zentrale Macht zu retten, propagieren die EU-Kommission sowie die EU-Mächte Frankreich und Deutschland noch mehr Zentralisierung. Die Mitgliedstaaten sollen ihre nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik abtreten. Eine Krise mit noch mehr Zentralisierung lösen, deren Ursprung im Zentralisierungswahn liegt? Der Euro als Symbol für die Uniformierung Europas hat versagt.

Die EU-Errungenschaft «gemeinsamer Sicherheitsraum» hat versagt. Dank Schengen gibt es mehr grenzüberschreitende Kriminalität, mehr Menschen- und Drogenhandel. Als Schengen-Mitglied sind wir davon ebenfalls betroffen.

Hohe EU-Arbeitslosigkeit: Die EU-Errungenschaft «freier Personenverkehr» hat versagt, gerade während der Wirtschaftskrise. Schaden nimmt auch die Schweiz. Die EU-Errungenschaften Euro, Schengen, Personenfreizügigkeit sind gescheitert. Die EU wird zum Raum der Unsicherheit und des Unfriedens. Was ist der nächste Spuk: EU-Familienpolitik, EU-Schule, EU-Armee?

Freiheit, direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität und freies Unternehmertum sind Schweizer Errungenschaften, die seit Jahrhunderten Bestand haben. Der Kampf gegen die falsche EU-Politik (Schengen und Personenfreizügigkeit!) und der Kampf gegen den EU-Beitritt werden zur Existenzfrage.

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

AUNS Klartext

Nr. 136 Mai 2010

AUNS
ASIN
ASNI

PUBLIKUMSORGAN
DER AKTION FÜR
EINE UNABHÄNGIGE UND
NEUTRALE SCHWEIZ

INHALT

SPALTE DES PRÄSIDENTEN	2
EU-PERSONENFREIZÜGIGKEIT	3
DER GROSSE IRRTUM	3
DIE FOLGEN FÜR DIE AHV	4
FAKTEN	5
EINWANDERUNGSPOLITIK WIEDER SELBST IN DIE HAND NEHMEN	6
WAS IST ZU TUN?	7
HELVETIA	7
MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2010: DER SONDERFALL SCHWEIZ	8

Bildnachweis:

Titelseite: www.silversign.ch

Seiten 3, 4, 6: Keystone

Seite 8: Philipp Zinniker, bfk

Adresse: AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113,
Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27,
Fax 031 356 27 28, redaktion@auns.ch,
Postkonto: 30-10011-5

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ist die grösste überparteiliche Volksbewegung für Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit.

Die Ziele der AUNS (Art. 2 der Statuten):

- **Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;**
- **Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;**
- **Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.**

Die Statuten der AUNS sind auf www.auns.ch abrufbar.

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie die AUNS berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz. Herzlichen Dank.

EU-PERSONENFREIZÜGIGKEIT

PERSONENFREIZÜGIGKEIT: DER GROSSE IRRTUM



NATIONALRAT LUZI STAMM, AUNS-VIZEPRÄSIDENT UND MITGLIED
DER AUSSENPOLITISCHEN KOMMISSION DES NATIONALRATES

Drei Gruppen von Leuten befürworten die Personenfreizügigkeit: Erstens all jene, die der EU beitreten wollen. Zweitens die (meines Erachtens relativ kleine) Gruppe, welche billige Arbeitskräfte importieren will. Und drittens jene, die sich täuschen. Die letzte Gruppe ist erschreckend gross, weil bei kaum einem Thema so krasse Unwahrheiten verbreitet werden wie bei der Personenfreizügigkeit.

NICHT NÖTIG, UM LEUTE IN DIE SCHWEIZ ZU HOLEN

Man beachte, wie viele Politikerinnen und Politiker behaupten, es brauche die Personenfreizügigkeit, um die Arbeitskräfte in die Schweiz zu holen, die unser Land braucht. Dies ist nicht wahr. Holen kann man immer, wen man will. Kein Land braucht internationale Verträge, um Leute einwandern zu lassen.

NICHTS MIT MARKTÖFFNUNG ZU TUN

Ebenso absurd ist, wenn behauptet wird, Personenfreizügigkeit habe etwas mit Marktöffnung zu tun. Freier Markt (Freihandel) und freie Einwanderung sind zwei völlig verschiedene Dinge. Wohlhabende Länder wie die USA, Kanada, Australien etc. verfolgen zwar Marktöffnung, aber keines dieser Länder käme auf die Idee, freie Einwanderung einzuführen.

PERSONENFREIZÜGIGKEIT BEDEUTET UNKONTROLLIERTE EINWANDERUNG

Wegen den Falschinformationen sehen viele Leute den entscheidenden Punkt nicht: Personenfreizügigkeit heisst ganz einfach, dass man sämtliche Möglichkeiten verliert, die Einwanderung zu steuern. Es wird unmöglich, die



Zahl (Quantität) und die berufliche Bildung (Qualität) der Einwanderer zu regeln. Somit ist es unmöglich, vorauszusagen, ob wir in wenigen Jahren acht, zehn oder zwölf Millionen Einwohner haben werden.

AUCH DER BUNDESRAT HAT SICH GETÄUSCHT

Die Einwanderung der letzten zwei Jahre ist denn auch derart gross, dass sogar der Bundesrat zugeben muss, wie sehr er sich getäuscht hat. Jahr für Jahr wandert –

bildlich gesprochen – zweimal die Bevölkerung der Stadt Luzern neu in unser Land ein (man beachte die Zunahme des Verkehrs). Die Einwanderung wird anhalten, bis die Schweiz auf das Niveau der umliegenden Länder hinuntergewirtschaftet ist. Nichts und niemand kann dies verhindern, solange an der Personenfreizügigkeit festgehalten wird.

WELTWEIT GIBT ES AUSSERHALB DER EU KEINE PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Kontrollierte Einwanderung ist einer der wirksamsten Hebel, um den Wohlstand zu halten. Unkontrollierbare Einwanderung bringt jedem wohlhabenden Land zwangsläufig Armut. Wenn die EU innerhalb ihrer Grenzen das Ziel verfolgt, den Wohlstand zu nivellieren, so mag dies verständlich sein. Aber als selbständiges Land sollten wir dringend wieder zu einer eigenständigen Einwanderungs-Politik zurückkehren. Dabei brauchen wir kein schlechtes Gewissen zu haben: Ausserhalb der EU gibt es weltweit kein einziges Land, welches die Personenfreizügigkeit eingeführt hat.

HERR EU-BOTSCHAFTER, SO NICHT!

Red. EU-Botschafter Reiterer mischt sich zunehmend in die Angelegenheiten der Schweiz ein:

«Nun geht es darum, die Lasten (der Personenfreizügigkeit) zu tragen», teilt uns der Herr Botschafter mit (NLZ, 16.11.2009). Reiterer beklagt sich, Kritiker machten die Personenfreizügigkeit für steigende Mietkosten und höhere Arbeitslosigkeit mitverantwortlich und belehrt uns: «Die Schweiz profitiert seit jeher von der Offenheit der Märkte». Nun gehe es darum, auch die Lasten zu tragen.

AUNS-Standpunkt:

Mit Verlaub, Herr Botschafter:

1. Offene Märkte haben mit der Personenfreizügigkeit nichts zu tun.
2. Die Personenfreizügigkeit gibt EU-Bürgern, die «arbeitslos» geworden sind, nach kürzester Zeit (auch wenn sie noch kaum etwas einbezahlt haben) das Recht, Arbeitslosen-, Sozial- und Fürsorgeleistungen nach schweizerischem Standard zu beziehen – für sich und ihre Angehörigen. Auf Dauer gefährdet das unser Sozialsystem. Darum ist die volle Personenfreizügigkeit für unser Land nicht verkraftbar.

PERSONENFREIZÜGIGKEIT: DIE FOLGEN FÜR DIE AHV

DR. RADU-EUGEN GOLBAN*, ST. GALLEN



Es stellt sich die Frage, wie sich das Personenfreizügigkeitsabkommen (PFA) speziell auf die AHV auswirkt. Die erheblichen Auswirkungen auf die IV werden bei dieser Fragestellung ausgeklammert. Um die Sozialwerke des Landes nicht zu gefährden, bedarf es einer genauen und differenzierten Betrachtung der Auswirkungen.

Durch das PVA hat die Schweiz mit allen EU-Staaten ein Sozialversicherungsabkommen geschlossen. Demnach hat jeder EU-Bürger, der mindestens ein Jahr lang Beiträge an die AHV bezahlt hat, Anspruch auf Leistungen. Dabei gelten für EU-Bürger dieselben Bestimmungen wie für Schweizer. Die Rentenbezüge richten sich nach der Beitragsdauer und -höhe in der Schweiz. Auch vor Inkrafttreten des PFA hat die Schweiz mit den wichtigsten Industriestaaten solche Abkommen vereinbart. Die fortschreitende Ausdehnung der EU hat dazu geführt, dass die Schweiz heute mit allen 27 EU-Staaten solche Sozialversicherungsabkommen unterhält, während früher nur mit 20 EU-Staaten solche Verträge bestanden.

Es ist nachvollziehbar, dass der Migrationsdruck aus ärmeren, überwiegend agrarisch geprägten Regionen Mittel- und Osteuropas entsprechend hoch ist. Unweigerlich führt eine solche Vertragsanpassung durch die Osterweiterung zu einer noch höheren Migration. Während früher für Angehörige von Nichtvertragsstaaten der Anspruch auf AHV verloren ging, wenn sie den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt ins Ausland verlegt hatten, erlaubt heute eine einjährige Beitragsdauer einen Rentenbezug im Ausland. Die Beiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil), ohne Zins können für EU-Angehörige nicht mehr zurückgefordert wer-

den. Dies hatte früher den entscheidenden Vorteil, dass ausländische Arbeitnehmer entweder sich für die volle Integration hierzulande oder für die Rückkehr in die alte Heimat entscheiden mussten.

Heute führt ein hoher ausländischer Arbeitnehmeranteil durch ihren Rentenbezug im Ausland unausweichlich zu einem immer höheren Kaufkraftexport. Da keine Kaufkraftbereinigung bei den Auslandszahlungen erfolgt, ist langfristig von einer steigenden ausgabenseitigen Belastung oder sinkenden Leistungen auszugehen; dies nicht zuletzt wegen des demographischen Problems. Generell sollte eine Erwerbsmigration zu einer positiven Bilanz für die AHV führen, vorausgesetzt es werden Schutzvorschriften erlassen, damit die eigene Solidargemeinschaft nicht allzu sehr belastet und ein schweizerisches Schutzniveau zum teuren Exportschlagler wird.

Die AHV ist Ausdruck einer schweizerischen Solidargemeinschaft und eines Generationenvertrages und darf nicht als soziale Flankierung einer politisch motivierten und überwiegend am Arbeitgeberinteresse orientierten Personenfreizügigkeit mit der EU missbraucht werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der ohnehin grosszügige Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt nun durch schweizerische Zahlungen an ausländische Rentenkassen zusätzlich belastet werden soll.

* Der Autor hat Politik- und Rechtswissenschaften studiert und in Ökonomie promoviert. Radu Golban lebt in St. Gallen und arbeitet in Liechtenstein.



FAKTEN ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT

IM ABSTIMMUNGSBÜCHLEIN VOM 21. MAI 2000 SAGTE DER BUNDESRAT:

«Keine massive Einwanderung zu befürchten! Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste der Referendatskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering.»

BUNDESAMT FÜR STATISTIK – DIE ZAHLEN FÜR DAS JAHR 2008:

- Im Jahr 2008 stieg die ausländische Wohnbevölkerung gegenüber dem Vorjahr um 59'400 (+3,5%) auf 1'763'600 Personen.
- 212'330 ausländische Grenzgänger arbeiteten in der Schweiz.
- Die Gesamteinwanderung stieg um 28'600 auf 240'800 Personen (+13,5%).
- Auf 1000 Einwanderungen entfielen 2008 nur 361 Rückwanderungen (Netto-Einwanderung!)
- Der seit 1999 feststellbare Aufwärtstrend bei den Angehörigen eines EU27-Mitgliedsstaates setzte sich weiter fort (+56'100 bzw. +5,5%). Die jährliche Zahl der Einwanderer aus Deutschland hat sich seit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit der EU 2002 mehr als verdreifacht und stieg von 14'100 im Jahr 2001 auf 46'300 im Jahr 2008.
- Die Schweiz gehört zu den europäischen Ländern, in der im Verhältnis zur Bevölkerungszahl am meisten Ausländer wohnen. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz betrug 2008 22,6%.
- In der Jahresmitte 2008 waren 1,207 Mio. Ausländer in der Schweiz erwerbstätig, was im Vergleich zu 2003 einer Zunahme um 15,9% entspricht.

INSASSEN IN SCHWEIZER GEFÄNGNISSEN:

	2008	2009
Total Personen:	5'780	6'084
Anteil Ausländer in %:	69,7%	70,2%

WITZ ODER ALIBIÜBUNG?

«Deutschland buhlt um Schweizer Arbeitslose.» Ärzte, Pflegefachfrauen oder Ingenieure seien gefragt. Dies vermeldet der «Blick» am 21.4.2010.

Zu einer Informationsveranstaltung in Aarau, zu der die Bundesagentur für Arbeit in Bonn zusammen mit den Arbeitsämtern (RAV) von Zürich, Aargau und Baselstadt 5000 Schweizer Arbeitslose eingeladen hat, sind 131(!) gekommen. Das Bundesamt für Wirtschaft (seco) unterstützte den Anlass.

Eigenartig. Wollte man hier beweisen, dass die Personenfreizügigkeit in beiden Richtungen «funktioniert»? Wandern Schweizer Arbeitslose tatsächlich nach Deutschland aus, obwohl die Löhne dort tiefer und die Steuern wesentlich höher sind?

Tatsache ist, dass die EU-Ausländer, allen voran die Deutschen, seit der Inkraftsetzung der vollen Personenfreizügigkeit gegenüber der «alten» EU Mitte 2007 in Scharen in die Schweiz kommen. 310'000 Personen sind seither gekommen, 180'000 sind gegangen – das ergibt einen Nettoüberschuss von 130'000 (dazu kommt der noch zu erwartende Familiennachzug!). Fazit der «Aarauer Veranstaltung»: Keiner der 131 anwesenden Schweizer Arbeitslosen will wirklich nach Deutschland auswandern.

IM JAHR 2000 SAGTE DER BUNDESRAT:

«Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben.» [Abstimmungsbüchlein vom 21.5.2000]

IM JAHR 2009:

«Micheline Calmy-Rey fordert die Arbeitgeber auf, in der Krise keine neuen Arbeitskräfte aus dem Ausland zu holen.» [20minuten-online vom 25.11.09]
... übrigens: Frau Bundesrätin Calmy-Rey war 2000 bereits im Amt ...

OHNE ARBEITSVERTRAG EINWANDERN

Auch das Argument, es sei keine schädliche Einwanderung zu befürchten, weil nur Leute mit seriösen Arbeitsverträgen einwandern können, ist falsch. Jedermann kann als selbständig Erwerbender einwandern (Anhang 1 zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz/EU vom 21. Juni 1999, Art. 12 (1)). Jeder kann kommen, der genug Geld hat, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten (Anhang I, Art. 24); ebenso jeder Student inklusive Familie (Anhang I, Art.3 (2), c). Jeder EU-Bürger erhält das Recht, in der Schweiz sechs Monate lang eine Arbeit zu suchen (erstreckbar bis zu 15 Monate; (Anhang I, Art.2 (1)). Wer weniger als drei Monate pro Jahr hier arbeitet/arbeiten will, braucht ohnehin keine Aufenthaltserlaubnis mehr (Anhang I, Art. 6 (2)).

10'604 PROSTITUIERTE IN DER SCHWEIZ!

Dirnen aus EU-Staaten überschwemmen die Strassenstriche in der Schweiz ... Den Behörden sind die Hände gebunden: Weil die Frauen EU-Bürgerinnen sind, haben sie Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung.
[zit. nach 20minuten-online vom 24.4.10]

PERSONENFREIZÜGIGKEIT: FÜR SCHWEIZER ARBEITSMARKT NICHT MEHR TRAGBAR

EINWANDERUNGSPOLITIK WIEDER IN DIE EIGENE HAND NEHMEN!

NATIONALRAT LUKAS REIMANAN, AUNS-VORSTANDSMITGLIED UND MITGLIED DER RECHTSKOMMISSION DES NATIONALRATES



Zwischen 1980 und 2009 hat die Zahl der in der Schweiz lebenden Ausländer um rund 800'000 zugenommen. Die Zahl der Schweizer ist dabei um rund 680'000 angestiegen, da in diesem Zeitraum etwa diese Anzahl von Ausländern eingebürgert wurde. Allein im Jahr 2008 nahm die Bevölkerung um 1,4 Prozent, was 108'000 Personen entspricht, auf über 7,7 Millionen Einwohner zu.

Im Jahr 2009 sind weitere 132'444 Menschen eingewandert, aber nur 55'238 haben das Land verlassen. Die einzige Nationalität, bei welcher die Aus-

wanderung aus der Schweiz 2008 höher war als die Einwanderung, waren die Schweizer selbst. **Die Rekord-einwanderung blieb also trotz Rezession und steigender Arbeitslosigkeit auf enorm hohem Niveau!**

Hauptgrund ist die EU-Personenfreizügigkeit. Sie verhindert eine Kontrolle und Steuerung der Einwanderung z.B. nach der Situation auf dem Arbeitsmarkt, der Integrationsfähigkeit oder den Sprachkenntnissen. Denn faktisch hat jeder EU-Bürger ein Recht auf Einwanderung in die Schweiz und damit verbunden auch auf Sozialleistungen. Die negativen Folgen schlagen bezüglich Arbeitslosigkeit und Sozialkosten nun voll durch.

Über 150'000 Arbeitslose gibt es in der Schweiz. Trotzdem finden Tausende Ausländer jeden Monat einen Job bei uns. Innert Jahresfrist stieg die Zahl der Arbeitslosen um 60,4 Prozent. Alarmierend ist die Situation bei den 15- bis 24-Jährigen: Die Jugendarbeitslosigkeit nahm innert Monatsfrist um vierzehn Prozent auf 29'298 zu. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Anstieg um 75 Prozent. Es ist einfacher, über die Personenfreizügigkeit Angestellte zu importieren anstatt Junge selber auszubilden. Auffallend: Besonders stark ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Einwanderern. **Viele Personen, die erst vor kurzem eingewandert sind und somit kaum Beiträge an die Arbeitslosenkasse leisteten, beziehen nun voll.**

Und allen Beteuerungen des Bundesrates zum Trotz: Noch immer wandern aufgrund der EU-Personenfreizügigkeit Monat für Monat Tausende in die Schweiz ein. Im Abstimmungskampf wurde versprochen, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von der sogenannten Ventilklausel Gebrauch zu machen und die Einwanderung damit vorübergehend wieder zu regulieren. Doch der Bundesrat kuscht vor der EU. Die Voraussetzungen für die Anwendung der Ventilklausel waren schon 2008 gegeben. Der Bundesrat hat es aber verpasst, diese «Notbremse» rechtzeitig zu ziehen. Vielmehr hat die Landesregierung die negativen Konsequenzen der unkontrollierten Einwanderung – wohl auch um die weitere Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien

und Bulgarien nicht zu gefährden – stets totgeschwiegen. Die unkontrollierte Einwanderung ist nicht mehr tragbar. Schweizer Arbeitsplätze müssen wieder vorrangig an Schweizer gehen.

Wann kehren wir zu einer qualifizierten Einwanderung zurück, welche sich den Bedürfnissen des Landes anpasst? EU-Länder wie etwa Spanien bewegen Gast-Arbeitslose zur Rückkehr. Dieser Weg wird auch der Schweiz, wo die Sozialleistungen deutlich höher sind, nicht erspart bleiben. Die Schweiz steuert auf ein grosses Debakel zu, und der Bundesrat sieht tatenlos zu.



«Der Damm ist gebrochen!»

VIEL MEHR AUSLÄNDISCHE STUDENTEN

Red. Die Personenfreizügigkeit trägt auch dazu bei, dass immer mehr Studenten aus der EU an unsere Hochschulen kommen (laut dem Freizügigkeitsabkommen Artikel 3, 29,c bekommt jeder EU-Student samt Ehegatte und Kindern ein Aufenthaltsrecht). Von rund 200'000 Hochschulabsolventen in der Schweiz sind derzeit 34'000 Ausländer. Innert eines Jahres ist ihre Zahl von 30'500 auf 34'000 angestiegen. Der Ausländeranteil hat sich damit von 16,7% auf 17,3% erhöht und ist im internationalen Vergleich weit überproportional. Sogar die linke Bildungsdirektorin des Kantons Zürich, SP-Regierungsrätin Regine Aeppli, will den Grossandrang ausländischer Studenten bremsen, und zwar mit höheren Studiengebühren. Das ist gerechtfertigt, wenn man bedenkt, dass sich die Kosten einer Hochschulausbildung je nach Fach auf 13'000 bis 55'000 Fr. pro Jahr belaufen und dass ausländische Studenten derzeit «pro Tag den Preis einer Tasse Kaffee bezahlen, dafür aber ein 5-Gang-Menü bekommen».

[NZZ am Sonntag, 11.4.2010]

WAS IST ZU TUN?

An der Mitgliederversammlung der AUNS vom 25. April 2009 stellte AUNS-Präsident Pirmin Schwander fest: «Da der bilaterale Weg von Anfang an als Integrationsprojekt aufgegleist wurde, steckt er nun in der Sackgasse. Er ist nun erschöpft und die Abkommen müssen aufgekündigt werden.»

Im AUNS Klartext 134 haben wir in einer gründlichen Standortbestimmung aufgezeigt, dass nach fünf Jahren Schengen-Mitgliedschaft aus den Versprechen der Befürworter – «mehr Sicherheit, völkerrechtliche Verankerung des Bankkundengeheimnisses» – rein gar nichts geworden ist. Im aktuellen Klartext wiederholt sich das Lügenspiel mit der Personenfreizügigkeit.

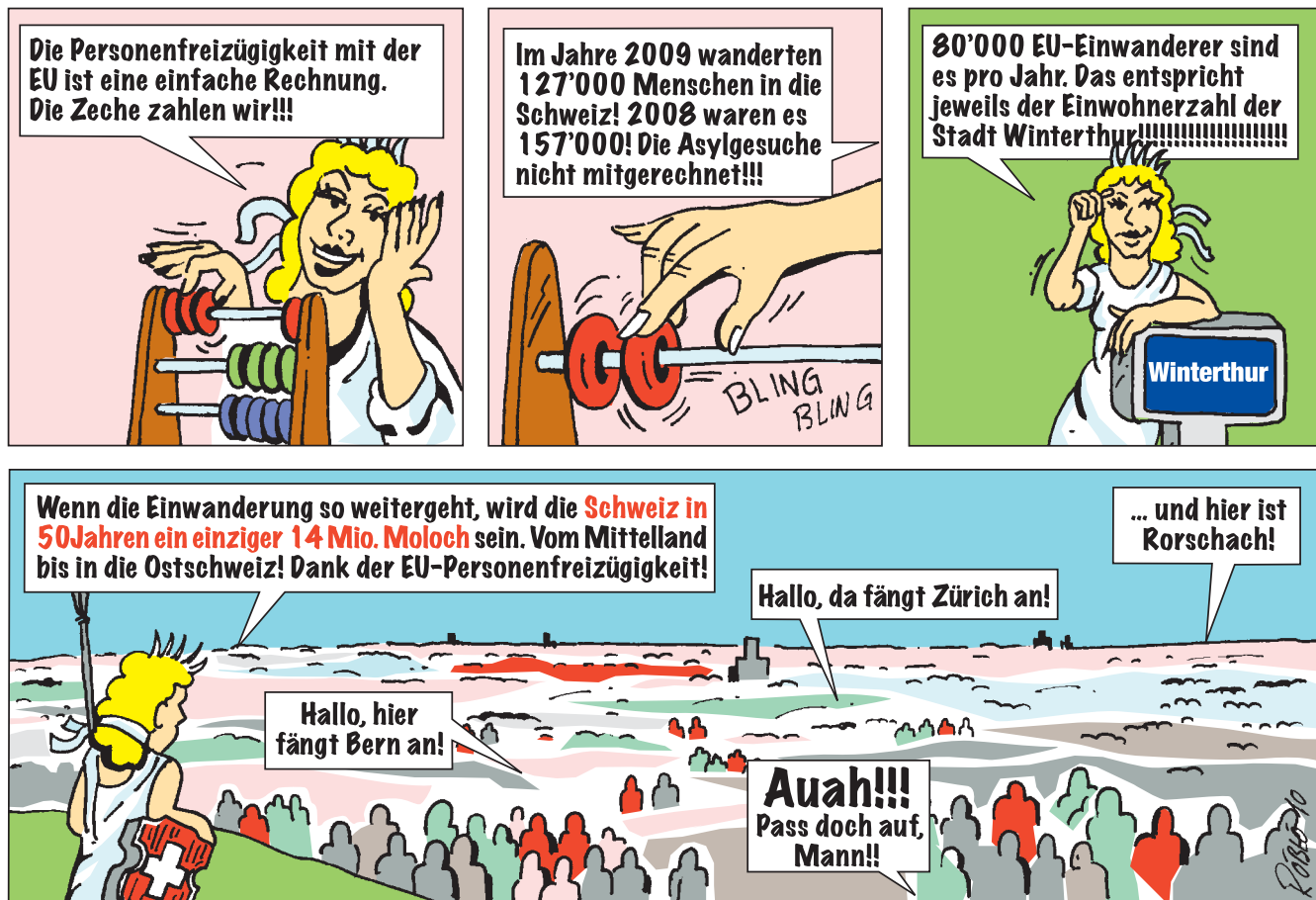
Schengen und der freie Personenverkehr haben der Schweiz massiv mehr Nachteile als Vorteile gebracht. Die EU-Befürworter freuts, denn für sie sind «Schengen und Personenfreizügigkeit» lediglich entscheidende Hürdenabbauer auf dem Weg in die EU. Vergessen wir nicht: Diese bilateralen Verträge wurden von EU-Befürwortern ausgehandelt und abgeschlossen.

Deshalb werden sie trotz der klar negativen Bilanz – und trotz der Euro-Krise – unverfroren behaupten, die EU sei eine Erfolgsgeschichte. Sie werden weiterhin den EU-Beitritt fordern. Und sie werden behaupten, wenn wir, beziehungsweise Bundesbern, in Brüssel mitbestimmen dürfen, dann werde schon alles gut.

Fazit: Die Schengen-Mitgliedschaft muss gekündigt und der freie Personenverkehr mit der EU gestoppt werden. Wir wollen der EU nicht beitreten, deshalb können wir auch nicht zwei Hauptsäulen der EU-Politik in Form von bilateralen Verträgen übernehmen. Möglichen Drohungen seitens der EU kann die Schweiz gelassen begegnen, schlimmer als Schengen und die unkontrollierte EU-Zuwanderung kann es nicht werden. Die Schweiz muss wieder eigenständige Lösungen in der europäischen Zusammenarbeit durchsetzen. Sonst verlieren wir nicht nur die Freiheit, sondern auch den über Generationen aufgebauten Wohlstand.

HELVETIA

kämpft für eine unabhängige und neutrale Schweiz



BUNDESRAT UELI MAURER: DER SONDERFALL SCHWEIZ STEHT FÜR FREIHEIT, EIGENSTÄNDIGKEIT UND ERFOLG!



Rund 1000 AUNS-Mitglieder, Sympathisanten und Gäste erlebten am 10. April 2010 im Berner «National» einmal mehr eine Mitgliederversammlung der Höhepunkte. Bundesrat Ueli Maurer fesselte die Anwesenden mit seinen Ausführungen zum hochaktuellen Thema «Unsere Schweiz: Sonderfall oder Auslaufmodell?».

Ausgehend von General Guisan, der in gefahrvoller Zeit, als es in der hohen Politik Anpasser gab, Garant für den Sonderfall Schweiz gewesen sei – «für eine Schweiz, die den Mut und die Kraft hatte, ihren eigenen Weg zu gehen» – schlug der VBS-Chef den Bogen zur Aktualität. Auch heute stehe der Sonderfall Schweiz (mit den Pfeilern Neutralität und direkte Demokratie) für Freiheit, Sicherheit, Eigenständigkeit und Erfolg. Unser Land müsse deshalb wirtschaftlich und staatspolitisch, aber

auch militärisch, ein Sonderfall bleiben. Statt des untauglichen Konzepts «Sicherheit durch Kooperation», das unsere Sicherheit in fremde Hände lege, müsse die Schweiz auch militärisch den Mut zu eigenen Lösungen haben.

AUNS-Präsident Nationalrat Dr. Pirmin Schwander geisselte in seiner Standortbestimmung die permanente EU-Beitrittspropaganda der Eliten im Bundesrat und in der Verwaltung. Sie handelten wider die Interessen der Schweiz, verlachten unsere Traditionen, ruinierten unser weltweites Vertrauen und versteckten sich hinter dem Völkerrecht. Der Mut zur Eigenständigkeit setze grundlegende Korrekturen voraus: «Wir müssen kleinstaatlichen Strukturen und die Grundsätze freiheitlicher Ordnung wieder hochhalten!» Das sei die Kernaufgabe der AUNS.

(Die Reden sind auf www.auns.ch abrufbar.)



AKTUELLE TERMINE UND PRESSEMITTEILUNGEN: WWW.AUNS.CH



WERDEN AUCH SIE MITGLIED DER AUNS

Ich trete der AUNS bei als Mitglied Fr. 35.– Ehepaar Fr. 50.– Gönner(in) oder Fr. 100.– Sympathisant(in) nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, Postkonto 30-10011-5